Der strafrechtliche Schutz der Ozonschicht in Liechtenstein. Zur Erfüllung von EWR-Vorgaben durch die Rezeption österreichischen Rechts.

Lukas Ospelt¹

«Die 10–50 Kilometer über der Erdoberfläche liegende, mit Ozon angereicherte Stratosphäre absorbiert den grössten Teil der gefährlichen Ultraviolettbestrahlung der Sonne. Ohne die stratosphärische Schicht wäre das Leben auf der Erde unmöglich. Das Ozon in der Stratosphäre beeinflusst die dort herrschenden Temperaturverhältnisse und auch das Klima auf der Erde. Veränderungen der Ozonschicht können verschiedene, in jedem Fall nur negative Auswirkungen haben.»²

I. Einleitung

Obwohl die Strafgewalt im eigenen Territorium traditionell als Wesensmerkmal der staatlichen Souveränität gilt, über die gerade die Klein- und Mikrostaaten argwöhnisch wachen, hat doch in den letzten Jahrzehnten der Einfluss des internationalen Rechts auf die innerstaatlichen Strafrechte deutlich zugenommen.³

Speziell die EWR/EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen mussten sich bereits mehrfach mit der umstrittenen Frage der EWR-Relevanz von Kriminalisierungsverpflichtungen in EU-Rechtsakten auseinandersetzen.⁴ Es wurde einerseits argumentiert, dass die Harmonisierung von strafrechtlichen Vorschriften nicht zum ursprünglichen Anwendungsbereich des EWR-Abkommens zähle und dass daran auf EU-Seite der spätere Art 83 Abs 2 AEUV⁵ als Befugnis zur Strafrechtsangleichung nichts geändert habe.⁶ Dem wurde andererseits der dynamische Charakter des EWR-Abkommens⁷ entgegengehalten und die enge Verquickung zwischen den Kriminalisierungsverpflichtungen und den in zweifelsfrei EWR-relevanten Rechtsakten niedergelegten Verhaltensstandards betont. Daneben wurde das EWR-Prinzip der Rechtstreue⁸ bemüht, wonach die EWR-Mitgliedstaaten

¹ Mag. Lukas Ospelt, Projektmitarbeiter am Liechtenstein-Institut, Kontakt: projekt@liechtenstein-institut.li. Für Anregungen und Hinweise dankt der Verfasser Prof. Dr. Patricia Schiess, Dr. Georges Baur und Dr. Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut. Dieser Aufsatz gibt die persönliche Rechtsansicht des Verfassers wieder.

² Bericht und Antrag der liechtensteinischen Regierung an den Landtag BuA Nr 38/1988, S. 2.

³ Vgl. Helmut Fuchs/Ingeborg Zerbes, Strafrecht. Allgemeiner Teil I. Grundlagen und Lehre von der Straftat¹⁰, Wien 2018, S. 49.

⁴ Marthe K. Dystland/Fredrik B. Finstad/Ida Sørebo in Finn Arnesen et al (Hrsg.), Agreement on the European Economic Area. A Commentary, Baden-Baden 2018, Teil II Art 112 Rz 19.

⁵ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 47.

⁶ Vgl. Halvard H. Fredriksen/Gjermund Mathisen, EØS-rettslige innspill i straffeløst: Litt om EØS-avtalens betydning for norsk strafferett. Tidsskrift for Strafferett 4/2015, S. 469 (S. 482).

⁷ Abkommen vom 2.5.1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum, LGBl. 1995 Nr 68 (LR 0.110).

⁸ Zum Prinzip der Rechtstreue siehe Christian Franklin in Arnesen, Agreement on the European Economic Area (Fn. 4), Teil II

sicherzustellen haben, dass die Ziele des EWR-Abkommens verwirklicht werden, was in Verbindung mit dem EWR-Grundsatz der Effektivität dazu führen könne, dass wirksame und abschreckende Sanktionen – auch gerichtlicher Natur – vorzusehen seien.⁹

Die Verhängung von Sanktionen in diesem Kontext hängt natürlich davon ab, ob überhaupt ein Verstoß gegen einen EWR-Rechtsakt vorliegt. So hielt der EFTA-Gerichtshof mit Urteil vom 4.5.2020 fest, dass Sanktionen nach Art 19 der Verordnung 561/2006/EG¹⁰ nicht verhängt werden dürfen, wenn es sich um Fahrten mit Spezialfahrzeugen für Geld und/oder Werttransporte handelt, die auf dem Gebiet anderer EWR-Staaten durchgeführt wurden, sofern diese EWR-Staaten eine Abweichung gemäss Art 13 Abs 1 Bst. m der genannten Verordnung zugelassen haben und alle individuellen Bedingungen dieser Abweichung eingehalten wurden. Unter diesen Umständen ist es nicht massgeblich, was erforderlich bzw. verhältnismässig ist.¹¹

Der Strafrechtsangleichung komme eine zentrale Bedeutung für die Durchsetzung der Unionspolitik zu. Unterschiede zwischen den nationalen Strafrechtsordnungen – etwa im Umweltstrafrecht – könnten nachteilige Auswirkungen auf den Binnenmarkt entfalten. Würden gleichartige Handlungen in einem Staat mit Kriminalstrafe bedroht, in einem anderen als blosse Ordnungswidrigkeit eingestuft und im dritten als nicht sanktionierbare Tätigkeit gewertet, so entstünde nach Hecker ein Strafrechtsgefälle, das unterschiedliche Zugangsbedingungen für die Marktteilnehmer schaffen und das Ziel der Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes konterkarieren würde.¹²

Zu den Bewertungsmaßstäben der EWR-Relevanz gehört insbesondere die Frage, ob die einschlägigen EU-Rechtsakte in einem materiellen Zusammenhang mit anderen EU-Rechtsakten stehen, die bereits in den EWR-Rechtsbestand übernommen wurden, und ob der Kernbereich der Binnenmarktregulierung tangiert ist. Die Beurteilung der EWR-Relevanz ist grundsätzlich eine Rechtsfrage, die nach diesen Kriterien beantwortet werden sollte. Dennoch ergeht auf der Grundlage des durchaus auslegungsbedürftigen Art 102 Abs 1 des

EWR-Abkommens, demzufolge die Rechtssicherheit und Homogenität des EWR durch das Übernahmeverfahren zu gewährleisten ist, eine letztlich politisch determinierte Entscheidung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.¹³

Im Folgenden werden Fragen aus dem EWR-Recht und dem Strafrecht am Beispiel der Strafbestimmungen zum Schutz der Ozonschicht behandelt.

II. Die Regelung auf völkerrechtlicher Ebene und in der Europäischen Union

Weder das Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht vom 22.3.1985¹⁴ noch das daran anschließende Montrealer Protokoll vom 16.9.1987¹⁵ enthalten «ozonstrafrechtliche» Umsetzungsverpflichtungen für die Mitgliedstaaten, ebenso wenig das als gescheitert anzusehende Übereinkommen des Europarates über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht vom 4.11.1998¹⁶ oder der EU-Rahmenbeschluss 2003/80/JI vom 27.1.2003¹⁷. Anlässlich der Nichtigerklärung dieses Rahmenbeschlusses wegen seiner fehlerhaften Kompetenzgrundlage traf der EuGH am 13.9.2005 die entscheidende Feststellung, dass das Strafrecht ebenso wie das Strafprozessrecht grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit der Gemeinschaft falle; dies könne den Gemeinschaftsgesetzgeber jedoch nicht daran hindern, «Massnahmen in Bezug auf das Strafrecht der Mitgliedstaaten zu ergreifen, die seiner Meinung nach erforderlich sind, um die volle Wirksamkeit der von ihm zum Schutz der Umwelt erlassenen Rechtsnormen zu gewährleisten, wenn die Anwendung wirksamer, verhältnismässiger und abschreckender Sanktionen durch die zuständigen nationalen Behörden eine zur Bekämpfung schwerer Beeinträchtigungen der Umwelt unerlässliche Massnahme darstellt.»¹⁸ Diese Ansicht wurde vom EuGH im Urteil vom 23.10.2007¹⁹ zum Rahmenschluss 2005/667/JI zur Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe²⁰ bekräftigt. In der Lehre wurde dies als Bestätigung einer Anweisungskompetenz der EU für jene Agenden gesehen, in denen die Union eine Harmonisierungskompetenz besitzt.²¹

Art 3 Rz 1 ff; sowie Páll Hreinsson, General principles, in Carl Baudenbacher (Hrsg.), The Handbook of the EEA Law, Cham/Heidelberg/New York/Dordrecht/London 2016, S. 349 (S. 357 ff.).

⁹ Vgl. Fredrik B. Finstad/Torunn Salomonsen, Fra Valle til Brussel: Om EUs betydning for norsk strafferett. Tidsskrift for Strafferett 4/2015, S. 396 (S. 412).

¹⁰ Verordnung (EG) Nr 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.3.2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Strassenverkehr und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr 3821/85 und (EG) Nr 2135/98 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr 3820/85 des Rates, ABl. 102 vom 11.4.2006, S. 1.

¹¹ EFTA-Gerichtshof, Urteil vom 4.5.2020, H und I, Rs. E-6/19, Spruchpunkt 2 sowie Rz 53 und 54. Damit beantwortete der Gerichtshof eine Vorlagefrage des Fürstlichen Obergerichtes.

¹² Bernd Hecker, Europäisches Strafrecht⁵, Berlin/Heidelberg 2015, S. 287. Hecker äussert sich an und für sich nur zum Gefälle in der Europäischen Union. Soweit er allerdings auf den Binnenmarkt abstellt, der ja auch im EWR gilt, ist dies allerdings auch für Island, Liechtenstein und Norwegen von Belang.

¹³ Vgl. Finstad/Salomonsen, Fra Valle (Fn. 9), S. 411.

¹⁴ LGBl. 1989 Nr 37 (LR 0.814.02).

¹⁵ LGBl. 1989 Nr 38 (LR 0.814.021), siehe zur Weiterentwicklung des Montrealer Protokolls BuA Nr 40/2020.

¹⁶ ETS Nr 172. Das von 11 Staaten unterzeichnete Übereinkommen wurde lediglich von Estland ratifiziert. Liechtenstein hat das Übereinkommen nicht unterzeichnet.

¹⁷ Rahmenbeschluss 2003/80/JI des Rates vom 27.1.2003 über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht, ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 55.

¹⁸ EuGH (Grosse Kammer), Urteil vom 13.9.2005, Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen den Rat der Europäischen Union, Rs. C-176/03, ECLI:EU:C:2005:542, Rz 47 und 48.

¹⁹ EuGH (Grosse Kammer), Urteil vom 23.10.2007, Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen den Rat der Europäischen Union, Rs. C-440/05, ECLI:EU:C:2007:625, Rz 66.

²⁰ Rahmenbeschluss 2005/667/JI des Rates vom 12.7.2005 zur Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe, ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 164.

²¹ Fritz Krois/Jane Hofbauer, Umsetzung der EU-RL zum Umweltstrafrecht in Österreich und Kroatien. Recht der Umwelt (RdU) 2013/143, S. 230 (S. 231).

Getragen von der Auffassung, dass die Sicherstellung eines wirksameren Umweltschutzes auf der Ebene der Gemeinschaft besser als auf jener der Mitgliedstaaten verwirklicht werden könne, erging am 19.11.2008 die Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (im Folgenden: Umwelt-RL)²². Im Einzelnen statuiert die Umwelt-RL neun verschiedene Delikte, die als Verletzungs- sowie als abstrakte und potenzielle Gefährdungsdelikte konstruiert sind.²³ Art 3 Bst. i iVm Art 5 der Umwelt-RL verpflichtet die EG-Mitgliedstaaten zu strafrechtlichen Sanktionen für die rechtswidrige und vorsätzliche oder grob fahrlässige Produktion, Einfuhr, Ausfuhr, das Inverkehrbringen oder die Verwendung von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen.²⁴ Die erforderlichen nationalen Rechtsvorschriften waren bis zum 26.12.2010 in Kraft zu setzen.

III. Die Rezeption österreichischen Strafrechts durch Liechtenstein

Das gerichtliche Umweltstrafrecht Österreichs²⁵ im Siebten Abschnitt des Strafgesetzbuches (öStGB) hat bei der Umsetzung der Umwelt-RL²⁶ zum 1.1.2012 umfassende Änderungen erfahren, die nach *Salimi* erhebliche Auslegungsschwierigkeiten aufwerfen. Zum Teil sind die Straftatbestände für den Normanwender unverständlich. Dies weckt Zweifel an ihrer Verfassungsmässigkeit und macht vielfältige Tatsachen- und Rechtsirrtümer denkbar.²⁷

Handlungen in Bezug auf ozonschädigende Stoffe waren in Österreich unter Verweis auf – die mittlerweile aufgehobene – Verordnung 2037/2000/EG durch § 71 Abs 1 Z. 5 des Chemikaliengesetzes 1996 zunächst ausschliesslich verwaltungsrechtlich sanktioniert.²⁸ Gemäss

der Vorgabe von Art 3 Bst. i der Umwelt-RL wurden durch das BGBl. I Nr 103/2011 mit den §§ 177d und 177e entsprechende Straftatbestände in das öStGB eingefügt.

Durch den Beschluss Nr 191/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 10.7.2015 wurde die Umwelt-RL mit gewissen Einschränkungen²⁹ in den Anhang XX (Umweltschutz) des EWR-Abkommens eingefügt.³⁰ Dabei erklärten die EWR-Vertragsparteien, dass dadurch der Geltungsbereich des EWR-Abkommens nicht berührt werde: „The Contracting Parties agree that the incorporation of Directive 2008/99/EC is without prejudice to the scope of the EEA Agreement, and take note that, following the entry into force of the TFEU³¹, the EU legislator may adopt minimum rules pursuant to Article 83(2) TFEU³² with regard to the definition of criminal offences and sanctions in a particular EU policy area if this proves essential to ensure effective implementation of a Union policy in an area which has been subject to harmonisation measures.“³³ Entgegen den Ausführungen der liechtensteinischen Regierung zuhanden des Landtags von 2015³⁴

²² Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.11.2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 28, siehe Erwägungsgrund 14 der Umwelt-RL.

²³ Vgl. *Lyane Sautner*, Umweltstrafrecht – Eine Zwischenbilanz. Recht der Umwelt (RdU) 2009/2, S. 4 (S. 5).

²⁴ Die weiteren umweltstrafrechtlichen Vorgaben der Richtlinie betrafen bzw. betreffen die Bewirtschaftung von Abfällen, die Handhabung von Kernmaterial und anderen radioaktiven Stoffen, die Zerstörung geschützter wildlebender Tier- und Pflanzenarten sowie die erhebliche Schädigung eines Lebensraumes innerhalb eines geschützten Gebietes. Darauf soll aber in Rahmen dieses Beitrages nicht eingegangen werden.

²⁵ Erst mit dem StGB von 1974 wurde in Österreich ein Umweltstrafrecht geschaffen, das allerdings vorerst nur aus vier Strafbestimmungen bestand. Das Strafgesetz von 1852/1945 hatte im Bereich dieser Thematik lediglich die Verunreinigung von Trinkwasser nach § 398 gekannt: „Wer in einen Brunnen, eine Cisterne, einen Fluss oder Bach, dessen Wasser einer Ortschaft zum Trunke oder Gebräue dienet, todes Vieh oder sonst etwas wirft, wodurch das Wasser verunreiniget und ungesund werden kann, begeht eine Übertretung [...]“.

²⁶ Vgl. auch *Ingrid Mitgutsch/Markus Brandstetter*, Neues aus dem Besonderen Teil des StGB. In: Ingrid Mitgutsch/Wolfgang Wessely (Hrsg.), Jahrbuch Strafrecht. Besonderer Teil, Wien/Graz 2012, S. 13 (S. 15–16).

²⁷ *Farsam Salimi*, Das neue gerichtliche Umweltstrafrecht – eine verfassungsrechtliche Gratwanderung. Auslegungs- und Verständnisprobleme im Zusammenhang mit den §§ 181f bis h StGB. Recht der Umwelt, Sonderbeilage: Umwelt und Technik (RdU-UT) 2017/18, Heft 3, S. 48 (insbesondere S. 52).

²⁸ EBRV 1392 BlgNR XXIV. GP, S. 3 und S. 5.

²⁹ Die Richtlinie wurde dahingehend angepasst, dass alle Bezugnahmen auf die darin enthaltenen Rechtsakte der Gemeinschaft, auf Definitionen in diesen Rechtsakten sowie auf Straftaten, nicht für die EFTA-Staaten gelten, soweit diese Rechtsakte nicht in das EWR-Abkommen aufgenommen sind. Zu jenem Zeitpunkt handelte es sich um die Richtlinien 76/160/EWG, 79/409/EWG, 92/43/EWG, 96/29/Euratom, die Verordnung 338/97/EG sowie die Richtlinien 2003/122/Euratom, 2006/7/EG, 2006/44/EG und 2006/117/Euratom. Nicht tangiert war somit die Verordnung 2037/2000/EG über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, die durch den Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 134/2002 vom 27.9.2002, LGBl. 2002 Nr 149, in das EWR-Abkommen übernommen worden war. Eine oberflächliche Lektüre des Anpassungswortlautes könnte zum Schluss verleiten, dass sämtliche in der Richtlinie 2008/99/EG angeführten Straftaten nicht für die EWR/EFTA-Staaten gelten; dies würde der Richtlinie jedoch jeglichen Anwendungsbereich nehmen und dem völkerrechtlichen Auslegungsgrundsatz *ut res magis valeat quam pereat* widersprechen. Auch der Bericht und Antrag der liechtensteinischen Regierung an den Landtag BuA Nr 102/2015 geht davon aus, dass die Umwelt-RL die EWR-Vertragsstaaten verpflichtet, bestimmte umweltschädigende Handlungen strafrechtlich zu ahnden (S. 6 f.).

³⁰ LGBl. 2017 Nr 73.

³¹ TFEU: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

³² Seit dem Vertrag von Lissabon, der am 1.12.2009 in Kraft getreten ist, ist die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in den Art 82 ff. AEUV verankert. Nach Art 83 Abs 2 AEUV ist eine Angleichung von Strafrechtsbestimmungen möglich, wenn sie zur wirksamen Durchführung einer Unionspolitik, in der bereits Harmonisierungsmaßnahmen erfolgt sind, unerlässlich ist. Siehe *Werner Schroeder*, Grundkurs Europarecht⁷, München 2021, S. 406.

³³ Die Gemeinsame Erklärung der Vertragsparteien wurde im LGBl. 2017 Nr 73 kundgemacht.

³⁴ Siehe BuA Nr 102/2015, S. 7: „Die Richtlinie 2008/99/EG wurde in liechtensteinisches Recht vorabumgesetzt. Dies geschah im Rahmen der Abänderung des Strafgesetzbuches vom 20. Dezember 2012 (Bericht und Antrag Nr 130/2012 und Nr 153/2012). Im Einklang mit der gängigen Praxis, das liechtensteinische Strafgesetzbuch möglichst deckungsgleich an die österreichische Rezeptionsvorlage anzupassen, erfolgten dabei Anpassungen des liechtensteinischen Strafgesetzbuches an die Novellierungen des österreichischen Umweltstrafrechts. Dieses beinhaltete zu diesem Zeitpunkt bereits die Umsetzungsbestimmungen zur Richtlinie 2008/99/EG, welche dadurch Eingang ins liechtensteinische

war die Umwelt-RL damals nur zum Teil und jedenfalls nicht in Bezug auf Art 3 Bst. i in liechtensteinisches Recht umgesetzt.

Erst im Rahmen der grossen liechtensteinischen Strafrechtsreform von 2019 wurden die §§ 177d und 177e öStGB – in der Fassung des BGBl. I Nr 112/2015, das heisst, mit einer Erhöhung der Geldstrafdrohung in § 177d öStGB sowie mit dem Hinweis in § 177e öStGB auf die in § 6 Abs 3 öStGB eingefügte Definition der groben Fahrlässigkeit – von Liechtenstein wortlautgetreu rezipiert.³⁵ Begründet wurde die weitreichende Übernahme österreichischen Strafrechts im Bericht und Antrag der Regierung damit, dass das öStGB dem liechtensteinischen Strafrecht traditionell als Rezeptionsvorlage diene. Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2015 sowie weiteren Strafrechtsnovellen sei das StGB des Nachbarlandes in vielen Bereichen angepasst, weiterentwickelt und reformiert worden. Durch die in vielen Bereichen herzustellenden Kongruenz zur österreichischen Rezeptionsvorlage werde es den liechtensteinischen Rechtsanwendern ermöglicht, auf die dortige Judikatur und Lehre zurückzugreifen.³⁶

Konkret bedeutet dies nach der ständigen Rechtsprechung der liechtensteinischen Höchstgerichte, dass die liechtensteinische Vorschrift gleich wie im Ursprungsland auszulegen ist, solange keine triftigen Gründe etwas anderes nahelegen: Durch die Rezeption ausländischen Rechts habe der liechtensteinische Gesetzgeber zu erkennen gegeben, dass in Liechtenstein im entsprechenden Bereich Gleiches gelten soll wie im Ursprungsland. Dieses Ziel werde nur erreicht, wenn die rezipierten Bestimmungen so ausgelegt würden, wie dies die Höchstgerichte des Ursprungslandes getan haben. Dies gelte namentlich, wenn es sich um eine gefestigte, die herrschende Lehre bestätigende Rechtsprechung handle und keine Anhaltspunkte bestünden, dass in naher Zukunft abweichend entschieden werde. In solchem Sinne werde bei der Auslegung der rezipierten Bestimmungen nach ständiger liechtensteinischer Praxis die Rechtslehre und die Rechtsprechung des Ursprungslandes beigezogen.³⁷

Recht fanden.» Vgl. BuA Nr 130/2012, S. 24: «Mit dem Nachvollzug der Anpassungen in §§ 181a Abs 1 und 3 und 181b Abs 3 wird die vorgenannte Richtlinie [Umwelt-RL] innerstaatlich bereits umgesetzt.» 2018 wurde von der Regierung neuerlich behauptet, dass die Umwelt-RL in Liechtenstein bereits umgesetzt sei: siehe BuA Nr 90/2018, S. 141. Wie ausgeführt wurde, galt dies jedenfalls nicht für Art 3 Bst. i der Umwelt-RL.

³⁵ Gesetz vom 28.2.2019 über die Abänderung des Strafgesetzbuches, LGBl. 2019 Nr 124.

³⁶ BuA Nr 90/2018, S. 6 und S. 9–10. Bereits *Rittler*, einer der späteren «Väter» des österreichischen Strafgesetzbuches von 1974/1975, hielt dazu fest: «Ein selbständiges Strafgesetzbuch Liechtensteins würde in den engen Grenzen des Fürstentums weder die praktische Erprobung noch die theoretische Durchbildung erfahren, die jedes umfassende Gesetzeswerk braucht, um wirklich Leben zu gewinnen.» Siehe *Theodor Rittler*, Das internationale Strafrecht in der deutschen Bundestagsvorlage 1962 und im österreichischen Kommissionsentwurf 1962 und die Weiterentwicklung des liechtensteinischen Strafrechtes. In: Adolf Peter Goop (Hrsg.), Gedächtnisschrift Ludwig Marxer, Zürich 1963, S. 203 (S. 218). Vgl. auch *Johannes Driendl*, Liechtensteins Weg zu einer neuen Strafgesetzgebung, LJZ 1981/2, S. 23.

³⁷ Siehe dazu sehr instruktiv OGH, 7.2.2007, LES 2008/1, S. 54.

Der OGH hat zudem wiederholt hervorgehoben, dass von der im Herkunftsland zu einer in Liechtenstein rezipierten Norm bestehenden Gerichtspraxis nicht ohne Not abgewichen werden darf.³⁸

Bedauerlicherweise ging der liechtensteinische Landtag weder in der 1. Lesung am 9.11.2018 noch in der 2. Lesung am 28.2.2019 auf die §§ 177d und 177e der StGB-Novelle ein.³⁹

Freilich hätte für Liechtenstein – neben der Verwirklichung eigener legislativer Ideen – auch die Möglichkeit bestanden, deutsches Recht oder die Normen eines anderen EU-Staates zu rezipieren. Die Vorgabe, bestimmte Handlungen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, unter Strafe zu stellen, war im Jahre 2011, als im deutschen Bundestag die Umsetzung der Umwelt-RL anstand, bereits durch § 27 des deutschen Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (ChemG) erfüllt. Allerdings mussten die beiden einschlägigen Rechtsverordnungen, nämlich die Chemikalien-Straf- und Bussgeldverordnung sowie die Chemikalien-Ozonschichtverordnung, an das geänderte EU-Recht zum Schutz der Ozonschicht angepasst werden, da die bisherige Verordnung 2037/2000/EG zum 1.1.2010 durch die Verordnung 1005/2009/EU⁴⁰ ersetzt worden war.⁴¹ Da der § 27 des deutschen ChemG sprachlich sperrig und inhaltlich kompliziert formuliert ist, hätte er jedoch keine geeignete Rezeptionsalternative für Liechtenstein geboten. Demgegenüber bestehen die §§ 177d und 177e öStGB – wenigstens auf den ersten Blick – durch ihre Klarheit und Verständlichkeit.

Soweit ersichtlich ist, haben die §§ 177d und 177e StGB bisher weder die österreichischen noch die liechtensteinischen Gerichte beschäftigt.⁴² Dabei wird es vermutlich auch bleiben. Dennoch wäre es unzutreffend, beim 2019 massiv erweiterten Umweltstrafrecht Liechtensteins von «totem Recht»⁴³ zu sprechen, wie dies das Landgericht in

³⁸ Siehe etwa OGH, 3.3.2017, LES 2017/2, S. 66 (S. 81).

³⁹ Am 9.11.2018 wurden diese Bestimmungen im Landtag lediglich verlesen. Die Gelegenheit zur Diskussion wurde nicht benützt. Siehe Landtags-Protokolle 2018, S. 2665 (Sitzung vom 9.11.2018). Am 28.2.2019 wurden der StGB-Entwurf ohne weitere Diskussion der §§ 177d und 177e StGB verabschiedet. Siehe Landtagsprotokolle 2019, S. 150 ff. (Sitzung vom 28.2.2019).

⁴⁰ Verordnung (EG) Nr 1005/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, ABl. 286 vom 31.10.2009, S. 1.

⁴¹ Begründung der deutschen Bundesregierung vom 6.4.2011 zum Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, Drucksache 17/5391, 17. Wahlperiode, S. 15.

⁴² Siehe z.B. Statistik Austria (Hrsg.), Gerichtliche Kriminalstatistik, Wien 2019, S. 97. Die Berichte der liechtensteinischen Gerichte (in den Rechenschaftsberichten der Regierung zuhanden des Landtags) enthalten keine Aufschlüsselung nach den einzelnen Delikten. Dasselbe gilt für die Berichte über die Justizpflege der ordentlichen Gerichte Liechtensteins.

⁴³ Der Begriff wurde hier vom Landgericht nicht rechtssoziologisch verwendet. «Totes Recht» im rechtssoziologischen Sinne bezeichnet jenes Recht, das nicht oder nicht mehr durchgesetzt wird, bei dem also die Normativität und die Faktizität auseinanderfallen. Vgl. *Manfred Rebbinder*, Rechtssoziologie. Ein Studienbuch⁸, München 2014, Rz 3. Demgegenüber bezieht sich das Landgericht auf das kriminalstatistische Phänomen, dass gewisse Strafbestimmungen in Ermangelung einschlägiger Sachverhalte

der Vernehmlassung getan hat.⁴⁴ Dies liesse die generalpräventive, normenstabilisierende Wirkung von Verbotsnormen bzw von gesetzlichen Strafdrohungen für die Allgemeinheit sowie deren sittenbildende Kraft für die gesellschaftlichen Wertvorstellungen ausser Betracht.⁴⁵ Ferner ist die internationale Rechtshilfe in Strafsachen u.a. davon abhängig, dass die einem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach liechtensteinischem Recht mit gerichtlicher Strafe bedroht ist (Art 51 Abs 1 Z. 1 RHG⁴⁶).⁴⁷

Trotz ihrer zugegebenermassen marginalen Bedeutung ergeben sich aus den §§ 177d und 177e StGB dogmatisch komplexe Fragestellungen mit weiterreichenden straf- und EWR-rechtlichen Implikationen. Darauf wird im Folgenden einzugehen sein.

IV. Die Strafbestimmungen (§§ 177d und 177e StGB)

IV.1 Die äussere Tatseite

Nach § 177d StGB ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen zu bestrafen, wer Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, entgegen einer Rechtsvorschrift oder einem behördlichen Auftrag herstellt, einführt, ausführt, in Verkehr setzt oder verwendet.⁴⁸ Wer eine solche Handlung grob fahrlässig begeht, wird gemäss § 177e StGB mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen bestraft. Einschlägige Handlungen, die lediglich von einfacher Fahrlässigkeit getragen sind, bleiben somit straflos. Die in Art 4 der Umwelt-RL angesprochene Strafbarkeitsvorgabe für die Anstiftung und Beihilfe von Vorsatztaten nach Art 3 der Umwelt-RL wird durch das Einheitstätersystem des § 12 StGB⁴⁹ erfüllt.⁵⁰ Ein Beamter (im Sinne des Strafrechts), der eine gesetzwidrige Bewilligung erteilt, ist allerdings nur wegen Amtsmissbrauchs

in der Gerichtspraxis selten bis nie angewendet werden. Wenn aber ein entsprechender Sachverhalt, etwa der sehr seltene Fall der Luftpiraterie, verwirklicht wird, ergibt sich aber sehr wohl ein Anwendungsfall für die Justiz. Die Norm gilt und wird auch – wenngleich selten – vollzogen, sie ist rechtssoziologisch «lebendes Recht».

⁴⁴ BuA Nr 90/2018, S. 32.

⁴⁵ Vgl. *Diethelm Kienapfel/Frank Höpfel/Robert Kert*, Grundriss des Strafrechts. Allgemeiner Teil¹⁶, Wien 2020, Rz 2.11; *Oskar Maleczky*, Strafrecht. Allgemeiner Teil II. Lehre von den Verbrechensfolgen²⁰, Wien 2019, S. 66.

⁴⁶ Gesetz vom 15.9.2000 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz, RHG), LGBl. 2000 Nr 215 (LR 351).

⁴⁷ Vgl. etwa *Franz Josef Giesinger*, Die grosse StGB-Novelle 2019 – wesentliche Neuerungen, IJZ 2019/4, S. 115 (S. 122).

⁴⁸ Der blosse Besitz dieser Stoffe ist nicht strafbar.

⁴⁹ Die Kennzeichen des Einheitstätersystems (im Gegensatz zum Teilnahmesystem) sind der Verzicht auf die Gegenüberstellung von Tätern und Teilnehmern, die Aufwertung aller Beteiligten zu Tätern und einheitliche Strafdrohungen für alle Beteiligten. Der Schwerpunkt liegt in der differenzierten Strafbemessungsregelung. Jeder Täter verantwortet ausschliesslich eigenes Unrecht und eigene Schuld (vgl. auch § 13 StGB). Siehe *Kienapfel/Höpfel/Kert*, Strafrecht AT (Fn. 45), Rz 32.38.

⁵⁰ Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die EWR-Vertragsstaaten nach Art 6 und 7 der Umwelt-RL überdies sicherzustellen zu haben, dass juristische Personen für Umweltstraftaten verantwortlich gemacht werden können.

gemäss § 302 StGB zu bestrafen. Ein Teil der österreichischen Lehre geht dagegen von Idealkonkurrenz aus.⁵¹

Die §§ 177d und 177e StGB sind nach *Reindl-Krauskopf* und *Salimi* abstrakte Gefährdungsdelikte, das bedeutet, dass eine spezielle Gefährlichkeit oder eine konkrete Gefährdung für die Strafbarkeit nicht verlangt wird.⁵²

Die Strafbestimmungen sind verwaltungsakzessorisch ausgestaltet. Strafbar ist ein Handeln entgegen einem Gesetz oder einer Verordnung oder entgegen einem konkreten behördlichen Auftrag (Entscheidung bzw Verfügung, Akte unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt). Wer sich an die Bestimmungen des Verwaltungsrechts hält, kann sich nicht gerichtlich strafbar machen. Für die österreichischen Normen wurde gesagt, dass Verstösse gegen behördeninterne Weisungen und Erlässe keine Verwaltungsrechtswidrigkeit begründen.⁵³

«Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen», sind nach den österreichischen Gesetzesmaterialien jene Stoffe, die in Anhang I sowie in Anhang II Teil A der Verordnung 1005/2009/EU vom 16.9.2009 (im Folgenden: EU-OzonV) angeführt sind.⁵⁴ Die EU-OzonV, die weitreichende Regelungen zur Herstellung, Verwendung und zum Inverkehrbringen von voll- und teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und von Halonen trifft, wurde durch die Verordnung 744/2010/EU in Bezug auf die kritischen Verwendungszwecke für Halone abgeändert. Demzufolge gilt ein generelles Verbot für die «geregelten Stoffe»⁵⁵ einschliesslich ihrer Isomere entweder in Reinform oder in einem Gemisch, ungebraucht oder nach Rückgewinnung, Recycling oder Aufarbeitung, mit Erlaubnisvorbehalt für Labor- und Analysezwecke. Das System des generellen Verbots mit Erlaubnisvorbehalt erleichtert die Beurteilung der Rechtswidrigkeit.⁵⁶ Nach *Reindl-Krauskopf* und *Salimi* kommen demgegenüber alle Stoffe in Betracht, «die zum Abbau der Ozonschicht beitragen», da § 177d StGB keine abschliessende Legaldefinition hierzu enthält. Die in der EU-OzonV enthaltenen Stoffe zählen aber jedenfalls dazu.⁵⁷

Da sich der § 177d bzw der § 177e öStGB ausschliesslich an Art 3 der Umwelt-RL orientiere und keinen Bezug auf die EU-OzonV enthalte, scheiden nach *Koller* Produkte und Einrichtungen, die «geregelte Stoffe» enthalten, als Tatobjekte aus. Der verbotene Einsatz von Brandschutzeinrichtungen oder von Feuerlöschgeräten mit Halonen beispielsweise wird in Österreich vom subsidiären Verwaltungsstrafatbestand des § 71 Abs 1 Z. 20 des Che-

⁵¹ *Margarethe Flora* in Otto Triffterer/Christian Rosbaud/Hubert Hinterhofer (Hrsg.), Salzburger Kommentar zum Strafgesetzbuch (SbgK-StGB), zu § 177d StGB (29. Lfg. Dezember 2013) Rz 23.

⁵² *Susanne Reindl-Krauskopf/Farsam Salimi*, Umweltstrafrecht. Eine systematische Darstellung des gerichtlichen Umweltstrafrechts, Wien 2013, S. 96. Vgl. dagegen *Herbert Wegscheider*, Strafrecht. Besonderer Teil⁴, Wien 2012, S. 284, der von einem potentiellen Gefährdungsdelikt spricht.

⁵³ *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 14–15.

⁵⁴ EBRV 1392 BlgNR XXIV. GP, S. 5.

⁵⁵ Betroffen sind etwa die Treibgase und Kältemittel mit den Markennamen Freon, Frigen und Solkane.

⁵⁶ *Benjamin Koller* in Frank Höpfel/Eckart Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch² (WK-StGB), Wien 2020, § 177e (249. Lfg. Mai 2020) Rz 2 und 3.

⁵⁷ *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 96.

mikaliengesetzes 1996⁵⁸ erfasst. Dieser pönalisiert das Zuwiderhandeln gegen die EU-OzonV mit Geldstrafe von mindestens 500 Euro bis 20180 Euro, im Wiederholungsfall mit Geldstrafe bis zu 40375 Euro.⁵⁹

Die Frage, ob die §§ 177d und 177e des liechtensteinischen StGB ebenfalls implizit auf die «geregelten Stoffe» nach der EU-OzonV Bezug nehmen, welche durch den Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 202/2012 vom 26.10.2012 in den EWR-Rechtsbestand übernommen wurde,⁶⁰ ist wohl zu bejahen, obgleich sich der liechtensteinische Bericht und Antrag zu dieser Frage in Schweigen hüllt.⁶¹

Bei der Auslegung der Begriffe «Einführen» und «Ausführen» knüpft die österreichische Lehre an die in § 27 Abs 1 5. und 6. Fall des Suchtmittelgesetzes (SMG)⁶² verwendeten Tatbestandsmerkmale an.⁶³ Nach *Flora* sind die Tathandlungen des Einführens und Ausführens nicht auf die österreichische Staatsgrenze beschränkt, sondern jegliche Beförderung der genannten Stoffe in bzw aus dem Hoheitsgebiet eines Staates erfüllt den Tatbestand, sofern die Voraussetzungen des § 65 Abs 1 öStGB⁶⁴ gegeben sind. Eine Beschränkung auf das Inland stünde mit der EU-OzonV im Widerspruch (Art 3 Z. 18 und Z. 19), die unter Ein- und Ausführen jegliches Verbringen in das bzw aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft versteht, soweit in diesem Gebiet die EU-OzonV anwendbar ist.⁶⁵ Inwieweit Liechtenstein die Anknüpfung an das österreichische Suchtmittelrecht übernehmen kann, ist fraglich, da dieses gerade nicht rezipiert wurde. Die liechtensteinischen Gesetzesmaterialien schweigen auch dazu.

IV.2 Die innere Tatseite

Für § 177d StGB ist zumindest bedingter Vorsatz iSd § 5 Abs 1 StGB erforderlich. Dieser muss sich zum einen darauf beziehen, dass das Handeln Stoffe betrifft, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen, und zum anderen darauf, dass das Verhalten gegen eine Rechtsvorschrift oder einen behördlichen Auftrag verstößt.⁶⁶ Dafür genügt es, dass der Täter die strafrechtliche Wertung des Gesetzes zumindest in laienhafter Weise nachvollzieht («Parallelwertung in der Laiensphäre».)⁶⁷ Detailwissen des Täters über die konkrete chemische Zusammensetzung eines

Stoffes oder die begriffliche Zuordnung ist nicht erforderlich.⁶⁸

Die grobe Fahrlässigkeit des § 177e StGB reicht unter Anlegung eines dem Umweltschutz dienenden strengen Massstabes über die leichte und die durchschnittliche Fahrlässigkeit hinaus.⁶⁹ Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2015 fügte der österreichische Gesetzgeber in § 6 Abs 3 öStGB eine Definition der groben Fahrlässigkeit ein.⁷⁰ Sie wurde 2019 von Liechtenstein rezipiert. Es handelt es sich um eine besonders schwere Pflichtverletzung, wobei das Verhalten des Schädigers auch subjektiv schwerstens vorwerfbar sein muss.⁷¹

IV.3 Besonderheiten

Ein Versuch ist bei allen Handlungsvarianten des § 177d StGB denkbar, wobei der Täter wenigstens eine ausführungsnähe Handlung im Sinne des § 15 StGB setzen muss. So stellt etwa der Transport eines «geregelten Stoffes» zur Staatsgrenze mit der Absicht, diese zu überqueren, eine versuchte Ein- oder Ausfuhr dar.⁷² Beim Fahrlässigkeitsdelikt des § 177e StGB kommt ein Versuch nicht in Betracht.

Nach *Flora* kann sich ein Täter auch durch Unterlassung strafbar machen, wenn das Unterlassen einer der Handlungsalternativen in § 177d StGB entspricht und dem Täter eine Garantenstellung nach § 2 StGB zukommt. Vertritt man demgegenüber die Ansicht, dass § 177d StGB nicht als Erfolgsdelikt, sondern als reines Tätigkeitsdelikt konzipiert ist, kann sich der Täter durch Unterlassen nicht strafbar machen.⁷³

Beim Handeln auf Weisung – etwa des Vorgesetzten in einem Unternehmen – tritt keine Rechtfertigung für eine tatbestandsmäßige Handlung ein. Abhängig von den Umständen des Einzelfalls kann sich eine persönliche Drucksituation aber als zu entschuldigender Notstand nach § 10 StGB auf der Schulsebene auswirken (und damit zu einem Freispruch führen).⁷⁴

Die §§ 177d und e StGB werden im Gegensatz zu anderen Umweltdelikten nicht von der haftungsverstärkenden Irrtumsregelung des § 183a StGB erfasst. Wer bezüglich § 177d StGB die behördliche Auflage nicht kennt oder diese für unwirksam hält, irrt über das Vorliegen des Tatbildmerkmals «entgegen einem behördlichen Auftrag»

⁵⁸ BGBl. I Nr 53/1997 idgF.

⁵⁹ *Koller* in WK-StGB (Fn. 56), § 177e Rz 6.

⁶⁰ Kundmachung vom 26. Februar 2013, LGBl. 2013 Nr 111, ebenso hinsichtlich der Verordnung 744/2010/EU vom 18.8.2010.

⁶¹ BuA Nr 90/2018, S. 140–141.

⁶² BGBl. I Nr 112/1997 idgF.

⁶³ *Koller* in WK-StGB (Fn. 56), § 177e Rz 9.

⁶⁴ Demnach gelten die österreichischen Strafgesetze für andere als in den §§ 63 und 64 bezeichnete Taten, die im Ausland begangen worden sind, sofern die Taten auch durch die Gesetze des Tatortes mit Strafe bedroht sind, wenn u.a. der Täter zur Tatzeit Österreicher war oder später die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hat und zur Zeit der Einleitung des Strafverfahrens noch besitzt. Liechtenstein verfügt über eine analoge Bestimmung (§ 65 Abs 1 StGB).

⁶⁵ *Flora* in SbgK-StGB (Fn. 51), zu § 177d StGB Rz 11.

⁶⁶ *Koller* in WK-StGB (Fn. 56), § 177e Rz 11.

⁶⁷ *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 15; *Kienapfel/Höpfel/Kert*, Strafrecht AT (Fn. 45), insbesondere Rz 28.25b und 28.25h.

⁶⁸ *Koller* in WK-StGB (Fn. 56), § 177e Rz 11.

⁶⁹ *Koller* in WK-StGB (Fn. 56), § 177e Rz 12.

⁷⁰ Grobe Fahrlässigkeit liegt nach dieser Definition vor, wenn jemand ungewöhnlich und auffallend sorgfaltswidrig handelt, wobei der Eintritt eines dem gesetzlichen Tatbild entsprechenden Sachverhaltes als geradezu wahrscheinlich vorhersehbar war. Demnach sind nur jene Fälle als grob fahrlässig einzustufen, die das gewöhnliche Maß an nie ganz vermeidbaren Fahrlässigkeits-handlungen des täglichen Lebens ganz erheblich übersteigen (RIS-Justiz RS0030303). Bei der Auslegung des Begriffes kann die bisherige zivil- (vgl. RIS-Justiz RS0030644) und strafrechtliche Judikatur (vgl. RIS-Justiz RS0117930 sowie RS0129425) herangezogen werden. Siehe EBRV 689 BlgNR XXV. GP, S. 6.

⁷¹ *Kienapfel/Höpfel/Kert*, Strafrecht AT (Fn. 45), insbesondere Rz 28.25b und 28.25h. Vgl. *Christian Bertel/Klaus Schwaighofer/Andreas Venter*, Österreichisches Strafrecht. Besonderer Teil I¹⁵, Wien 2020, § 81 Rz 2–8.

⁷² *Flora* in SbgK-StGB (Fn. 51), zu § 177d StGB Rz 21.

⁷³ *Flora* in SbgK-StGB (Fn. 51), zu § 177d StGB Rz 24.

⁷⁴ *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 107.

und kann somit nur wegen grob fahrlässiger Tat gemäss § 177e StGB bestraft werden, sofern der Irrtum auf (grober) Fahrlässigkeit beruht («doppelt bedingte Fahrlässigkeitshaftung» beim Tatbildirrtum).⁷⁵ Für einen darüber hinaus gehenden Verbotsirrtum gelten die Regeln des § 9 StGB.⁷⁶

Ebenso wenig gilt die Reuebestimmung des § 183b StGB⁷⁷ – ein persönlicher Strafaufhebungsgrund – für die §§ 177d und 177e StGB, was nach Ansicht von *Reindl-Krauskopf* und *Salimi* nicht sachgerecht ist. Es sei schwer einzusehen, warum die Gefahr, die durch den Betrieb einer Anlage entstehe, strafbefreiend beseitigt werden könne, nicht aber die Gefahr mit Stoffen, welche die Ozonschicht gefährden.⁷⁸

V. Der strafrechtliche Schutz der Ozonschicht als Zollvertragsmaterie

V.1 Die Strafbestimmungen im anwendbaren schweizerischen Umweltschutzgesetz

Gemäss Art 60 Abs 1 Bst. e des schweizerischen Umweltschutzgesetzes (USG)⁷⁹ wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vorsätzlich u.a. Vorschriften über Stoffe nach Art 29 USG verletzt. Handelt der Täter nach Abs 2 fahrlässig, so wird er mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft. Gestützt u.a. auf Art 29 USG hat der schweizerische Bundesrat 2005 die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV)⁸⁰ erlassen. Sie behandelt in Anhang 1.4⁸¹ den Umgang mit ozonschichtabbauenden Stoffen. Strafbar ist, wer die darin genannten Stoffe entgegen der ChemRRV herstellt, einführt, ausführt oder verwendet.⁸²

Aufgrund und im Rahmen des Zollvertrages vom 29.3.1923⁸³ mit der Schweiz sind Teile des schweizerischen USG und der ChemRRV in Liechtenstein anwendbar. Nach der Kundmachung der liechtensteinischen Regierung vom 5.10.2021⁸⁴ handelt es sich dabei insbesondere um Art 29 USG sowie Art 60 Abs 1 Bst. e (u.a.

betreffend Art 29 USG) und Abs 2 USG. Anwendbar ist ferner der Anhang 1.4 der ChemRRV.

Weil sich in Liechtenstein die Anwendungsbereiche der §§ 177d und 177e StGB und des Art 60 Abs 1 Bst. e und Abs 2 des schweizerischen USG überschneiden,⁸⁵ ja fast deckungsgleich sind, werden vor den liechtensteinischen Gerichten wohl zwei Strafverfahren nebeneinander zu führen sein. Nach § 68 der liechtensteinischen StPO⁸⁶ ist nämlich bei strafbaren Handlungen, für die aufgrund von Art 28 Abs 2 des Zollvertrages iVm Art 13 Abs 2 Satz 1 des Einführungs-Gesetzes zum Zollvertrag⁸⁷ die Berufung an das Kantonsgericht in St. Gallen geht, das Strafverfahren abgesondert zu führen. Dies gilt – wie das Fürstliche Obergericht mit Urteil vom 25.9.2018 festgehalten hat – ungeachtet einer subjektiven oder objektiven Konnexität.⁸⁸

V.2 Die Folgen des Doppelverfolgungsverbot

Damit stellt sich für die liechtensteinische Strafjustiz die Problematik des Doppelverfolgungsverbot («ne bis in idem») nach Art 4 Abs 1 des 7. Zusatzprotokolls zur EMRK.⁸⁹ Demnach darf der Beschuldigte nach rechtswirksamer Beendigung eines Strafverfahrens wegen derselben Tat nicht mehr in einem anderen Strafverfahren (oder in einem Verwaltungsstrafverfahren)⁹⁰ verfolgt werden.⁹¹ In diesen Fällen darf gegen den Beschuldigten nicht mehr ermittelt und keine Anklage mehr erhoben werden sowie keine Schlussverhandlung mehr stattfinden.⁹²

Das Gericht hat es mit derselben Tat zu tun, wenn es sich wenigstens zum Teil mit derselben Rechtsgutsverletzung befasst, die auch der Anklage zugrunde liegt.⁹³ Auf welcher Rechtsgutsverletzung die Anklage basiert, zeigt sich an den Gesetzesstellen, deren Anwendung der

⁷⁵ Vgl. *Kienapfel/Höpfel/Kert*, Strafrecht AT (Fn. 45), Rz 12.24; vgl. *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 104–105.

⁷⁶ *Flora* in SbgK-StGB (Fn. 51), zu § 177d StGB Rz 22.

⁷⁷ Ein Täter nach den §§ 180, 181 StGB und den §§ 181b–183 StGB wird durch § 183b Abs 1 StGB straffrei, wenn er freiwillig und rechtzeitig die herbeigeführten Gefahren, Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen beseitigt. Sofern ein Deliktstypus keine Verunreinigung von Umweltmedien verlangt (§§ 181b–181e StGB), muss nur das betreffende Handeln beendet werden. § 183b Abs 2 StGB übernimmt die Regelung des § 167 Abs 4 StGB. Siehe *Christian Bertel/Klaus Schwaighofer*, Österreichisches Strafrecht. Besonderer Teil II¹⁴, Wien 2020, § 183b Rz 1.

⁷⁸ *Reindl-Krauskopf/Salimi*, Umweltstrafrecht (Fn. 52), S. 108–109.

⁷⁹ Bundesgesetz vom 7.10.1983 über den Umweltschutz (USG, SR 814.01).

⁸⁰ Verordnung vom 18.5.2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (ChemRRV, SR 814.81).

⁸¹ Fassung gemäss Z. 1 der Verordnung vom 17.4.2019, AS 2019 1495.

⁸² *Flora* in SbgK-StGB (Fn. 51), zu § 177d StGB Rz 7.

⁸³ LGBL 1923 Nr 24 (LR 0.631.112).

⁸⁴ Siehe die Kundmachung vom 5.10.2021 der aufgrund des Zollvertrages im Fürstentum Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften (Anlagen I und II), LGBL 2021 Nr 308 (LR 170.551.631).

⁸⁵ Ähnlich auch BuA Nr 40/2020, S. 13.

⁸⁶ Strafprozessordnung vom 18.10.1988, LGBL 1988 Nr 62 (LR 312.0).

⁸⁷ Einführungs-Gesetz vom 13.5.1924 zum Zollvertrag mit der Schweiz vom 29.3.1923, LGBL 1924 Nr 11 (LR 631.112.1).

⁸⁸ Fürstliches Obergericht (2. Senat), 25.9.2018, LES 2018/4, S. 313 f.

⁸⁹ Protokoll Nr 7 vom 22.11.1984 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, LGBL 2005 Nr 28 (LR 0.101.07). Eine ähnliche Regelung findet sich in Art 14 Abs 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966, LGBL 1999 Nr 58 (LR 0.103.2).

⁹⁰ Siehe dagegen VGH 2014/110, LES 2017/2, S. 59: Die strafrechtliche Verurteilung und der Entzug des Führerausweises wegen derselben Verletzung von Verkehrsregeln stellt keine unzulässige Doppelbestrafung dar. Ebenso VGH 2013/004, LES 2014/1, S. 4: Das Verbot der Doppelverfolgung hindert die Anordnung eines Warnungsentzuges des Führerausweises durch die Motorfahrzeugkontrolle aufgrund diverser Übertretungen des Strassenverkehrsgesetzes neben einer von den Strafgerichten wegen dieser Übertretungen verhängten Busse nicht.

⁹¹ Voraussetzung für die Anwendung von Art 4 Abs 1 des 7. ZP zur EMRK ist, dass die Verurteilung oder der Freispruch im ersten Verfahren rechtskräftig geworden ist. Solange keine Rechtskraft eingetreten ist, gilt das Verbot daher nicht. Siehe *Jochen Frowein/Wolfgang Peukert*, Europäische Menschenrechtskonvention. EMRK-Kommentar³, Kehl am Rhein 2009, S. 713.

⁹² Vgl. *Christian Bertel/Andreas Venier/Alexander Tipold*, Strafprozessrecht¹⁴, Wien 2021, Rz 67.

⁹³ Die Beurteilung der Identität der Tat ist allerdings strittig.

Ankläger verlangt (z.B. Delikte gegen die Umwelt) und den Umständen, mit denen sie der Ankläger individualisiert (z.B. Tatzeit, Tatort, Begehungsweise, Tatobjekt).⁹⁴ Eine Identität der Tat liegt bereits dann vor, wenn beiden Vorwürfen dieselben Handlungselemente zugrunde liegen.⁹⁵

So ist im Vorwurf der vorsätzlichen Einfuhr ozon-schichtabbauender Stoffe gemäss Art 60 Abs 1 Bst. e des schweizerischen USG der im Wesentlichen identische Vorwurf nach § 177d des liechtensteinischen StGB enthalten; beide Vorwürfe können nicht miteinander konkurrieren. Weil die schweizerische Strafnorm aufgrund der Art 4 ff. des Zollvertrages vorgeht⁹⁶, bedeutet dies, dass nach einem Freispruch oder einer Verurteilung aufgrund des (schweizerischen) USG eine Verfolgung des Beschuldigten nach der betreffenden Norm des (liechtensteinischen) StGB nicht mehr zulässig ist.

Die Sperrwirkung nach Art 4 Abs 1 des 7. ZP zur EMRK schliesst zwar nicht aus, dass zwei Verfahren wegen derselben Tat gleichzeitig anhängig sind. Nach rechtskräftigem Abschluss des ersten Strafverfahrens darf jedoch das zweite Strafverfahren nicht weiter geführt werden. Dabei ist es unerheblich, ob der Angeklagte im zweiten Verfahren freigesprochen oder verurteilt werden soll, da die genannte Garantie des «ne bis in idem» bereits eine neue Verhandlung verbietet.⁹⁷ Somit bleibt nur die Einstellung des zweiten Strafverfahrens.

VI. Ergänzende Ausführungen zum «EWR-Strafrecht»

VI.1. Zur EWR-Relevanz von EU-Kriminalisierungsverpflichtungen

Wie *Baur* bereits 2011 konstatierte, sind im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins schon seit geraumer Zeit konkrete Strafrechtsnormen zu übernehmen, soweit sie der Durchsetzung des Binnenmarktes dienen, obwohl eine Strafrechtsharmonisierung «eigentlich» nicht Gegenstand des EWR sei.⁹⁸ Tatsächlich enthalten eine Reihe von EU-Rechtsakten Sanktionsvorgaben für die EWR-Mitgliedstaaten bei Verstössen gegen eine Verordnung oder gegen die nationalen Vorschriften zur Umsetzung einer Richtlinie. Für deren Erfüllung werden in der Regel verwaltungsstrafrechtliche Normen als ausreichend angesehen. Diese verwaltungsrechtlichen Sanktionsvorgaben gelten ganz unbestritten genauso für die EWR/

EFTA-Staaten, sodass diese in ihrem jeweiligen nationalen Recht entsprechende Sanktionen vorzusehen haben.

Das bedeutet nicht, dass die EWR/EFTA-Staaten keine gerichtlichen Strafbestimmungen bei Verstössen gegen die jeweiligen Rechtsakte statuieren können. Es liegt in diesen Fällen aber grundsätzlich im Ermessen der nationalen Gesetzgeber, verwaltungs- oder kriminalstrafrechtliche Bestimmungen⁹⁹ zu erlassen.¹⁰⁰ Wie auch immer die Entscheidung des nationalen Gesetzgebers aussieht (Verwaltungsstrafrecht oder gerichtliches Strafrecht), muss er eine Vorgabe anderer Art beachten: Der nach Art 6 Abs 1 EMRK autonom auszulegende Begriff der «strafrechtlichen Anklage» umfasst über das gerichtliche Strafrecht hinaus auch den Vollzug von gewissen Strafbestimmungen durch die Verwaltungsbehörden. Auch in diesen Fällen muss ein unabhängiges «Tribunal» mit voller Kognitionsbefugnis in Rechts- und Tatsachenfragen, also etwa ein Gericht, angerufen werden können.¹⁰¹ In Liechtenstein werden wohl deshalb gerichtliche Strafbestimmungen bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten verabschiedet, ohne dass hierzu eine EWR-rechtliche Verpflichtung bestehen würde. Mit Blick auf Art 6 Abs 1 EMRK ist dies zu begrüssen.

Darüber hinaus wurden einzelne EU-Rechtsakte in die Anhänge zum EWR-Abkommen eingefügt, welche die Mitgliedstaaten explizit zum Erlass von gerichtlichen Strafbestimmungen verpflichten. Abgesehen von der besprochenen Umwelt-RL enthält auch die Richtlinie 2009/123/EG vom 21.10.2009¹⁰², welche die Meeresverschmutzung durch Schiffe hintanhaltend will, einschlägige Kriminalisierungsvorgaben.¹⁰³ Die Feststellung von *Neier* und *Entner-Koch*, wonach EU-Rechtsakte, die nach der Festlegung von strafrechtlichen Sanktionen verlangen, mangels EWR-Relevanz¹⁰⁴ nicht in das EWR-Abkommen

⁹⁴ *Bertel/Venier/Tipold*, Strafprozessrecht (Fn. 92), Rz 336.

⁹⁵ *Bertel/Venier/Tipold*, Strafprozessrecht (Fn. 92), Rz 68.

⁹⁶ Da Liechtenstein sonst vertragsbrüchig werden würde.

⁹⁷ *Christoph Grabenewarter/Katbarina Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention. Ein Studienbuch⁷, München 2021, § 24 Rz 163; siehe auch *Jens Meyer-Ladewig/Stefan Harrendorf/Stefan König* in *Jens Meyer-Ladewig/Martin Nettesheim/Stefan von Raumer* (Hrsg.), EMRK. Europäische Menschenrechtskonvention Handkommentar⁴, Baden-Baden 2017, S. 818, unter Verweis auf EGMR, Urteil vom 10.2.2009, Rs. *Sergey Zolotukhin* gegen Russland, Nr 14939/03, Rz 110.

⁹⁸ *Georges Baur*, Kohärente Interpretationsmethode als Instrument europarechtskonformer Rechtsanwendung – eine rechtspolitische Skizze. In: Liechtenstein-Institut (Hrsg.), 25 Jahre Liechtenstein-Institut (1986–2011), Schaan 2011, S. 47 (S. 48).

⁹⁹ Der wesentliche Unterschied zwischen dem gerichtlichen Strafrecht und dem Verwaltungsstrafrecht liegt in der formalen Zuständigkeit. Die Sanktionen des gerichtlichen Strafrechts werden ausschliesslich von den Strafgerichten ausgesprochen; über Verwaltungsübertretungen entscheiden demgegenüber die Verwaltungsbehörden. Siehe *Kienapfel/Höpfel/Kert*, Strafrecht AT (Fn. 45), Rz 3.10.

¹⁰⁰ *Christina Neier/Andrea Entner-Koch*, Herausforderungen im Rahmen des EWR-Übernahmeverfahrens. In: *Andreas Th. Müller/Werner Schroeder* (Hrsg.), 25 Jahre Europäischer Wirtschaftsraum. Ein Integrationsszenarium auf dem Prüfstand (Europarecht Beiheft 1/2020), Baden-Baden 2020, S. 69 (S. 77).

¹⁰¹ Vgl. *Walter Berka*, Verfassungsrecht⁸, Wien 2021, S. 123 f.

¹⁰² Richtlinie 2009/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 zur Änderung der Richtlinie 2005/35/EG über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstösse, ABl. L 280 vom 27.10.2009, S. 52.

¹⁰³ Kundmachung vom 7.3.2017 des Beschlusses Nr 188/2015 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, LGBl. 2017 Nr 72. Diese Richtlinie wurde vom Binnenstaat Liechtenstein nicht umgesetzt, dies etwa im Gegensatz zum Binnenstaat Tschechien. Vgl. *Voitech Stejskal*, Richtlinie 2008/99/EG vom 19.11.2008 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt – Umsetzung in Tschechien. In: *Institut für Umweltrecht der JKU Linz/Institut für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier*, Europäisches Klimaschutzrecht und Erneuerbare Energien (Schriftenreihe Recht der Umwelt Bd. 39), Wien 2014, S. 113 (S. 116).

¹⁰⁴ Auch *Dystland/Finstad/Sørebo* gehen davon aus, dass gerichtliche Strafbestimmungen in EU-Richtlinien auf der Grundlage von Art 83 Abs 2 AEUV nicht EWR-relevant seien. Siehe *Dystland/*

inkorporiert werden,¹⁰⁵ kann daher nicht völlig unwidersprochen bleiben, wengleich die Marktmissbrauchsrichtlinie 2014/57/EU¹⁰⁶ tatsächlich nicht übernommen wurde.¹⁰⁷

VI.2 Die Vorbehaltspraxis der EWR/EFTA-Staaten im Gemeinsamen EWR-Ausschuss

In diesem Kontext kann die paradoxe völkerrechtliche Praxis beobachtet werden, dass vom Gemeinsamen EWR-Ausschuss zwar EU-Sekundärrechtsakte mit Kriminalisierungsvorgaben in das EWR-Abkommen überführt werden, im selben Atemzug aber künftige legislative Massnahmen nach Art 83 Abs 2 AEUV als nicht von Bedeutung für den EWR erklärt werden.¹⁰⁸ Analog dazu wurde in den älteren Übernahmebeschlüssen von den Vertragsparteien jeweils reflexartig daran erinnert, dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (sowie die Steuerverwaltung und der Steuervollzug) nicht in den Anwendungsbereich des EWR-Abkommens falle, wobei die jeweiligen EU-Rechtsakte dann grundsätzlich doch übernommen wurden.¹⁰⁹

Die Vorbehalte der EWR/EFTA-Seite wurden hierbei durch Erklärungen wie der Folgenden relativiert: «Die Vertragsparteien erkennen an, dass [...] das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission, Europol [...] das Recht haben müssen, in genau festgelegten Fällen für Ermittlungen, zur Aufdeckung und Verfolgung von Betrugsfällen [...] oder zur Bekämpfung der Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder schweren Straftaten gemäss Art 75 der Verordnung (EU) Nr 920/2010 bestimmte im Unionsregister und im EUTL¹¹⁰ gespeicherte Daten zu beziehen.»¹¹¹

Finstad/Sørebø in Arnesen, Agreement on the European Economic Area (Fn. 4), Teil II Art 102 Rz 19.

¹⁰⁵ *Neier/Entner-Koch*, Herausforderungen (Fn. 100), S. 77.

¹⁰⁶ Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.4.2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation (Marktmissbrauchsrichtlinie), ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 179.

¹⁰⁷ Vgl. BuA Nr 7/2017, S. 5–6 sowie S. 18.

¹⁰⁸ Siehe die Erklärung der Vertragsparteien anlässlich der Übernahme der Richtlinie 2009/123/EG, LGBl. 2017 Nr 72.

¹⁰⁹ Siehe dazu die Kundmachung vom 27.2.2007 des Beschlusses Nr 87/2006 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (betr. die Richtlinie 2005/60/EG zur Verhinderung der Nutzung der Finanzsysteme zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung samt Erklärung der Vertragsparteien), LGBl. 2007 Nr 53, mit eigenen Betrugsdefinitionen. Vgl. ferner die Kundmachung vom 17.4.2012 des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 156/2011 (betr. die Verordnung 920/2010/EG über ein standardisiertes und sicheres Registrierungssystem), LGBl. 2012 Nr 116; die Kundmachung vom 16.4.2013 des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 236/2012 (betr. die Verordnung 1193/2011 zur Festlegung eines Unionsregisters für das EU-Emissionshandelssystem), LGBl. 2013 Nr 172, sowie die Kundmachung vom 16.9.2014 des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 59/2014 (betr. die Verordnung 389/2013 zur Festlegung eines Unionsregisters), LGBl. 2014 Nr 239.

¹¹⁰ EUTL: Transaktionsprotokoll der Europäischen Union.

¹¹¹ Beschluss Nr 156/2011, Z.10 (LGBl. 2012 Nr 116).

VI.3 Zur völkergewohnheitsrechtlichen Erweiterung des EWR-Anwendungsbereiches

Durch die geschilderte Vorbehaltspraxis soll auf EWR/EFTA-Seite offenbar an der Qualifikation eines «strafrechtsfreien» EWR-Abkommens festgehalten werden. Dabei können nach dem völkerrechtlichen Effektivitätsprinzip Abweichungen, ja selbst beharrliche Rechtsverletzungen bei Hinzutreten der *opinio iuris* (Rechtsüberzeugung) durch *desuetudo* anderslautende, auch völkervertragliche Normen – wie das EWR-Abkommen – völkergewohnheitsrechtlich ausser Kraft setzen oder abändern¹¹² und selbst zum völkerrechtlich verbindlichen Verhaltensmassstab werden.¹¹³

In diesem Sinne hielt etwa ein Schiedsgericht am 22.12.1963 fest, dass das französisch-amerikanische Luftverkehrsabkommen vom 27.3.1946 stillschweigend durch die spätere Praxis der beteiligten Staaten geändert worden sei: «This course of conduct may, in fact, be taken into account not merely as a means useful for interpreting the Agreement, but also as something more, that this, is a possible source of a subsequent modification, arising out of certain actions or certain attitudes, having a bearing on the juridical situation of the Parties and on the rights that each of them could properly claim.»¹¹⁴

In seiner Entscheidung vom 13.3.1973 im Fall *Amend* versus Land Tirol nahm der österreichische Verfassungsgerichtshof das Ausserkrafttreten von ausländergrundverkehrsrechtlichen Bestimmungen im deutsch-österreichischen Handelsvertrag von 1930 durch *desuetudo* an, weil sowohl Österreich als auch die Bundesrepublik Deutschland ein Verhalten gepflogen hätten, das erkennen lasse, dass beide Staaten die den Grundstücksverkehr betreffenden Bestimmungen des Handelsvertrages für nicht anwendbar hielten.¹¹⁵

In diesem Zusammenhang statuiert auch Art 31 Abs 3 Bst. b der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 31.5.1969¹¹⁶ die Auslegungsregel, dass jede spätere Übung bei der Anwendung eines Vertrages, aus der die Übereinstimmung der Vertragsparteien über seine Auslegung hervorgeht, zu berücksichtigen ist. Diese Auslegungsregel ist zweifellos auf das EWR-Abkommen anwendbar, wengleich der EFTA-Gerichtshof – erstmals 1998 im Fall *Erla María Sveinbjörnsdóttir*¹¹⁷ – das

¹¹² Siehe auch *Hanspeter Neubold/Waldemar Hummer/Christoph Schreuer*, Österreichisches Handbuch des Völkerrechts², Bd. 1, Wien 1991, Rz 247, 370 und 546.

¹¹³ *August Reinisch/Hanspeter Neubold*, Grundlagen und Rahmenbedingungen des heutigen Völkerrechts. In: August Reinisch et al (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts⁶, Bd. I, Wien 2021, S. 14. Siehe auch die Resolution der UN-Generalversammlung vom 20.12.2018 betr. die Feststellung von Völkergewohnheitsrecht, A/RES/73/203 (<https://www.un.org/depts/german/gv-73/band1/ar73203.pdf>, abgerufen: 9.8.2021).

¹¹⁴ Zitiert bei August Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts⁶, Bd. II, Wien 2021, S. 122.

¹¹⁵ Siehe *Alfred Verdross/Bruno Simma*, Universelles Völkerrecht. Theorie und Praxis³, Berlin 1984, § 823 (Slg 7014, 199 ff.).

¹¹⁶ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23.5.1969, LGBl. 1990 Nr 71 (LR 0.121). Siehe auch *Oliver Dörr*, Weitere Rechtsquellen des Völkerrechts, in: Knut Ipsen, Völkerrecht. Ein Studienbuch⁷, München 2018, S. 536 (S. 555).

¹¹⁷ EFTA-Gerichtshof, Gutachten vom 10.12.1998, Erla María Sveinbjörnsdóttir and The Government of Iceland, Rs. E-9/97, Rz 59.

EWR-Abkommen als einen völkerrechtlichen Vertrag sui generis qualifiziert hat: «The Court concludes [...] that the EEA Agreement is an international treaty sui generis which contains a distinct legal order of its own. The EEA Agreement does not establish a customs union but an enhanced free trade area [...]. The depth of integration of the EEA Agreement is less far-reaching than under the EC Treaty, but the scope and the objective of the EEA Agreement goes beyond what is usual for an agreement under public international law.»¹¹⁸

Zudem sind die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über die Änderung der Anhänge des EWR-Abkommens nach Auffassung des StGH¹¹⁹ selbst völkerrechtliche Verträge. Die dem Landtag vorbehaltenen Ermächtigungskompetenz zum Abschluss von Staatsverträgen nach Art 8 Abs 2 der Landesverfassung¹²⁰ wird von der herrschenden Lehre so zusammengefasst, dass alle politisch wichtigen, gesetzesändernden oder mit grösseren finanziellen Ausgaben verbundenen völkerrechtlichen Verträge der Genehmigung durch den Landtag bedürfen.¹²¹ Dies gilt namentlich für die Übernahmebeschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses mit Sanktionsvorgaben, die Gesetzesänderungen im nationalen Recht, sei es nun im Verwaltungsstrafrecht und/oder im gerichtlichen Strafrecht, erforderlich machen.

Es soll damit nicht gesagt werden, dass die Übernahme von gerichtlichen Kriminalisierungsvorgaben an sich EWR-rechtswidrig wäre. Denn der Wortlaut des EWR-Abkommens schliesst strafrechtliche Belange zur Durchsetzung des Binnenmarktes nicht ausdrücklich aus. Im Gegenteil – seit 2005 enthält das Abkommen in Protokoll 23 über die Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsorganen den Nukleus für eine klassische strafrechtliche Materie, nämlich Bestimmungen zur Handhabung der Kronzeugenregelung bei wettbewerbsrechtlichen Zuwiderhandlungen (Art 9).¹²² Noch ergibt sich aber kein schlüssiges Gesamtbild zur Frage der völkergewohnheitsrechtlichen Erweiterung des EWR-Anwendungsbereichs auf gewisse Strafrechtsmaterien.

VI.4 Die Judikatur des EFTA-Gerichtshofes: Rechtsfortbildung durch Richterrecht?

Zum «EWR-(Verwaltungs)Strafrecht» im weiteren Sinne kann überdies die neueste Judikatur des EFTA-Gerichtshofes gezählt werden. Sie beginnt für nationale Sanktionsvorschriften rechtliche Determinanten auf der Grundlage des EWR-Rechts zu entwickeln.

In der Rechtssache E-13/20 war der EFTA-Gerichtshof mit Vorlagefragen des Nationalen Sozialgerichts Norwegens hinsichtlich der Verordnung 883/2004/EG¹²³

befasst. Dabei ging es um die Rückzahlung von Arbeitslosenleistungen wegen Verletzung der Aufenthaltspflicht verbunden mit einem Zinszuschlag als Sanktion. Im Urteil vom 30. Juni 2021 hielt der EFTA-Gerichtshof dazu unter Verweis auf sein Urteil im Fall Creditinfo Lanstraut vom 16.12.2013¹²⁴ fest: «[...] it is up to each EEA State to choose the penalties which seem appropriate to them. They must, however, exercise that power in accordance with EEA law and its general principles. This includes the principle of equivalence, under which these rules must not be less favourable than those governing similar domestic actions, and the principle of effectiveness, under which these rules must not render practically impossible or excessively difficult the exercise of rights conferred by EEA law.»¹²⁵

Nach *Dystland/Finstad/Sørebø* hat die Akzentuierung der EWR-Prinzipien der Äquivalenz und Effektivität eine entscheidende Konsequenz: «[...] even though EU procedural or criminal law rules are deemed not to be EEA relevant, the EFTA states may nevertheless be obliged to have national procedural rules and legal sanctions that meet the EEA law principles of equality and effectiveness.»¹²⁶

VI.5 Europa als kriminalgeographische Einheit

Die Globalisierung der Kriminalität und deren Einwirken auf Europa, das nach *Hecker* kriminalgeographisch schon längst eine Einheit geworden ist, stellen die europäische Kriminalpolitik vor grosse Herausforderungen, da der nach wie vor prägende nationalstaatliche Bezug der Strafrechtsordnungen den grenzüberschreitenden Kriminalitätsformen nicht durchwegs adäquat zu begegnen vermag. Die nationalen Strafrechtssysteme sind zunehmend in einen dynamisch verlaufenden Prozess der Europäisierung eingebunden.¹²⁷

VII. Zusammenfassung und Ausblick

Obgleich strafrechtliche Bestimmungen «eigentlich» nicht EWR-relevant sind, wurde 2015 vom Gemeinsamen EWR-Ausschuss die Richtlinie 2008/99/EG über

zionalen Sicherheit, ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1.

¹²⁴ EFTA-Gerichtshof, Urteil vom 16.12.2013, Creditinfo Lanstraut hf. and Registers Iceland and the Icelandic State, Rs. E-7/13, Rz 45.

¹²⁵ EFTA-Gerichtshof, Urteil vom 30.6.2021, O and The Norwegian Government, represented by the Labour and Welfare Directorate, Rs. E-13/20, Rz 64. Vgl. auch EFTA-Gerichtshof, Urteil vom 13.6.2013, Beatrix Susanne Koch, Lothar Hummel, Stefan Müller und Swiss Life (Liechtenstein) AG, Rs. E-11/12, insbesondere Rz 121, 123 und 132. Zu den Grundsätzen der Äquivalenz und Effektivität siehe EuGH (Grosse Kammer), Urteil vom 2.5.2018 (Mauro Scaldione), Rs. C-574/15, ECLI:EU:C:2018:295, Rz 31 ff. und Rz 53 ff. oder EuGH (Grosse Kammer), Urteil vom 8.9.2015 (Ivo Taricco), Rs. C-105/14, ECLI:EU:C:2015:555, Rz 39: «Auch wenn zwar die Mitgliedstaaten die anwendbaren Sanktionen – bei denen es sich um verwaltungsrechtliche oder strafrechtliche Sanktionen oder um eine Kombination der beiden handeln kann – frei wählen können, [...] so können strafrechtliche Sanktionen doch unerlässlich sein, um bestimmte Fälle von schwerem Mehrwertsteuerbetrug wirksam und abschreckend zu bekämpfen.»

¹²⁶ Siehe *Dystland/Finstad/Sørebø*, in Arnesen, Agreement on the European Economic Area (Fn. 4), Teil II Art 7 Rz 48.

¹²⁷ *Hecker*, Europäisches Strafrecht (Fn. 12), S. 23.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ StGH, Gutachten vom 11.12.1995, LES 1996/3, S. 119 (S. 123).

¹²⁰ Verfassung des Fürstentums Liechtenstein vom 5.10.1921, LGBl. 1921 Nr 15 (LR 101).

¹²¹ Vgl. *Peter Bussjäger*, Art 8 LV, in: Liechtenstein-Institut (Hrsg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung, Online-Kommentar, Bendern 2016, verfassung.li, Rz 110 ff. (Stand: 31.8.2015, abgerufen: 29.7.2021).

¹²² Kundmachung vom 24.5.2005 des Beschlusses Nr 130/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, LGBl. 2005 Nr 103.

¹²³ Verordnung (EG) Nr 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Koordinierung der Systeme der so-

den strafrechtlichen Schutz der Umwelt in den EWR-Rechtsbestand übernommen. Der Kriminalisierungsverpflichtung zum Schutz der Ozonschicht gemäss Art 3 Bst. i der Richtlinie ist Liechtenstein im Rahmen der Strafrechtsreform von 2019 durch die Rezeption der §§ 177d und 177e öStGB nachgekommen. Durch die Rezeption dieser Bestimmungen hat Liechtenstein auch die damit verbundenen Auslegungsschwierigkeiten übernommen. Überdies stellt sich das Problem des Doppelverfolgungsverbot nach Art 4 des 7. Zusatzprotokolls zur EMRK, da aufgrund des Zollvertrages von 1923 mit der Schweiz zugleich die einschlägigen Strafbestimmungen des schweizerischen Umweltschutzgesetzes in Verbindung mit der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung in Liechtenstein anwendbar sind.

Im EU-Ratsdokument 14065/19 vom 5.12.2019 wurde betont, dass es sich bei der Umweltkriminalität um eine «Kontrollkriminalität»¹²⁸ handle, die «proaktiv», also vorausschauend und zielgerichtet, bekämpft werden müsse. Daher sei es bedauerlich, wenn diesen Kriminalitätsformen auf politischer Ebene nur geringe Bedeutung beigemessen werde. Zudem zeige sich, dass in einigen Fällen die verwaltungsrechtliche Verfolgung effizienter als die gerichtliche Verfolgung erscheine. Generell sei jedenfalls ein Mangel an aussagekräftigen Statistiken zu verzeichnen.¹²⁹

2020 hat die EU-Kommission eine «Folgenabschätzung in der Anfangsphase» mit dem Ziel gestartet, die Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt umfassend zu reformieren.¹³⁰ Insbesondere sollen die Kriminalisierungsverpflichtungen konkretisiert und mit Mindesthöchststrafen flankiert werden.¹³¹ Die Kommission hat in diesem Zusammenhang der Auffassung vertreten, dass die genannte Richtlinie den in sie gesetzten Zielen nicht gerecht werde: «[...] some elements of the definitions of environmental crimes in Article 3 of the ECD [Umwelt-RL] leave room for diverging legal interpretations that could hamper cross-border cooperation and lead to uncertainty as to whether or not an individual environmental crime has been committed. Sanctions types and levels differ greatly among Member States and their application in practice does not appear to be dissuasive. Sanction levels imposed are often very low and not proportionate to the harmfulness of environmental crime. [...] The material scope of the ECD is currently defined by

a reference to 72 EU legislative instruments on environmental law in its annexes, which today are largely outdated. A feasible mechanism to ensure that the annexes are being updated and that new relevant EU legislation comes under the scope of the ECD is missing.»¹³²

Das öffentliche Konsultationsverfahren, in dem die Interessenträger von der Kommission aufgefordert wurden, ihre Meinung zur Reform der Richtlinie zu äussern und ihre Erfahrungen einzubringen, erfolgte vom 8.2.2021 bis zum 3.5.2021.¹³³ Die Annahme eines Legislativvorschlages seitens der Kommission ist für das 4. Quartal 2021 geplant.¹³⁴

Wenn die Richtlinie geändert wird, kommt wieder der Gemeinsame EWR-Ausschuss zum Zug und dann stellt sich ihm respektive den EWR/EFTA-Staaten die Frage nach der EWR-Relevanz von EU-Kriminalisierungsverpflichtungen. Dies dürfte neuerlich zu Diskussionen führen.

¹²⁸ Bei der Kontrollkriminalität – etwa bei der Betäubungsmittelkriminalität – ist die Polizei ausschliesslich auf eigene Wahrnehmungen und Feststellungen angewiesen, da keiner der Beteiligten an einer Strafverfolgung interessiert ist. Die Aufhellung der tatsächlich vorhandenen Kriminalität hängt damit wesentlich von den Aktivitäten der Polizei ab (<http://www.juramagazin.de/46975.html>. Abgerufen: 6.8.2021).

¹²⁹ Dominik Brodowski, Strafrechtsrelevante Entwicklungen in der Europäischen Union – ein Überblick. Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik 2020/6, S. 285 (S. 288).

¹³⁰ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12779-Umweltkriminalitaet-Verbesserung-der-EU-Vorschriften-uber-den-strafrechtlichen-Schutz-der-Umwelt_de (abgerufen: 5.11.2021).

¹³¹ Dominik Brodowski, Strafrechtsrelevante Entwicklungen in der Europäischen Union – ein Überblick. Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik 2021/6, S. 373 (S. 377).

¹³² Siehe ARES (2020) 7247236 – 1.12.2020.

¹³³ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12779-Improving-environmental-protection-through-criminal-law/public-consultation_de (abgerufen: 23.8.2021).

¹³⁴ Siehe https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12779-Umweltkriminalitaet-Verbesserung-der-EU-Vorschriften-uber-den-strafrechtlichen-Schutz-der-Umwelt_de (abgerufen: 5.11.2021).